

Der Industrielle Hannes Androsch kritisiert Lähmung und Stillstand bei Reformen in Österreich: „Das geht auf Kosten der nächsten Generationen.“

Foto: Hausner

„Österreich könnte viel besser sein“

Der Industrielle Hannes Androsch im Gespräch mit den Wirtschaftsnachrichten über den Wirtschafts- und Investitionsstandort Österreich: Bildungsdefizite, Forschungslücken, Debatten über neue Steuern schmälern die Attraktivität des Standortes. Der frühere Vizekanzler und Finanzminister fordert die Politik auf, vor allem im geschützten Sektor einzugreifen.

■ **Wenn ein ausländischer Unternehmer oder Manager zu Ihnen käme, um sich nach dem Standort Österreich und Gründen für ein Investment hier zu erkundigen, was würden Sie antworten: Warum ist Österreich ein guter Wirtschaftsstandort?**

Österreich ist kein schlechter Standort, aber es könnte ein wesentlich attraktiverer Standort für Investitionen sein. Es hängt auch vom Produkt oder den Geschäftsideen ab, die jemand hier entwickeln will, ob Österreich in Frage kommt. Wer Hemden zusammennähen lassen will, wird in Bangladesch sicher besser positioniert sein. Im Bereich der Hochtechnologie liegt Österreich im internationalen Vergleich hinter Schweden, Finnland, den Niederlanden, der Schweiz oder Deutschland im Mittelfeld.

■ **Mit einer fallenden Tendenz, wie aus jüngsten Vergleichen und Rankings hervorgeht.**

Es ist eine bedenkliche Entwicklung, dass wir beim Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit mittlerweile auf den 18. Platz abgerutscht sind. Wenn man die letzten 15 Jahre überblickt, muss man feststellen, dass wir Boden verloren haben. Hinzu kommt, dass wir auch im Forschungsbereich und bei den Universitäten im internationalen Vergleich keineswegs Spitzenpositionen einnehmen.

■ **Die Misere beginnt ja bereits viel früher, in der Bildungskarriere: Österreichs Schulen sind größtenteils nicht konkurrenzfähig.**

Gerade die jüngsten Diskussionen haben gezeigt, wie verpolitisiert Bildungs- und Schulfragen in Österreich gesehen werden. Fest steht, dass wir trotz hoher Kosten für die Schulen nur schlechte Ergebnisse, wie beispielsweise bei den Pisa-Tests, erreichen.

■ **Ein wesentlicher Standortfaktor ist die Gestaltung des Steuerrechts. Mittlerweile gibt es beinahe täglich neue Vorschläge, welche neuen Steuern eingeführt werden sollen: Wie sehr schreckt die Debatte möglicherweise neue Investoren ab?**

Die Steuerdebatte hat bereits zu so etwas wie Phantomschmerzen geführt. Daher sollte man aus politischer Sicht vorher überlegen, was man steuerlich umsetzen will und welche Konsequenzen das hat, ehe man an die Öffentlichkeit tritt. Allein die Diskussion über neue Steuern kann ja bereits einen Abwanderungsimpuls auslösen, gerade wenn es sich wie im Fall von Österreich ohnedies um ein Hochsteuerland handelt. Neue Steuern führen aber auch dazu, dass sich die Lohnstückkosten erhöhen und einen Wirtschaftsstandort weni-

ger attraktiv werden lassen. Wer immer an diesen Schrauben dreht, muss sich im Klaren darüber sein, was damit ausgelöst werden kann.

■ **Wettbewerbsfähigkeit, Schulen, Universitäten, die Steuerdebatte auch rund um neue Vermögenssteuern oder die Gruppenbesteuerung: Was spricht eigentlich für Österreich als Investitionsstandort?**

Man kann in Österreich erfolgreich sein, weil es fleißige und gut ausgebildete Mitarbeiter gibt. Die öffentliche Sicherheit spricht für dieses Land, aber auch die Vernunft der Betriebsräte. Die Kernfrage ist aber dennoch aus der Sicht des Investors oder des Unternehmers, ob er sein Produkt zu konkurrenzfähigen Lohnstückkosten herstellen kann.

■ **Ein Markenzeichen, wenn auch kein besonders löbliches, für Österreich ist die Parallelexistenz zwischen einem vergleichsweise erfolgreichen privatwirtschaftlichen Bereich und einem geschützten Sektor, der offenkundig nach eigenen Regeln funktioniert.**



Hannes Androsch fordert eine Bundesstaats- und Föderalismusreform: „In der öffentlichen Verwaltung wird viel Geld vernichtet.“ Foto: pixelio.de

Ich würde es drastischer formulieren. Der geschützte Sektor der öffentlichen Bereiche ist komplett versteinert. Und mehr noch: Da werden im großen Stil Geld und wirtschaftliches Kapital des Landes vernichtet. Denken wir nur einmal an die Mittel der Wohnbauförderung, die verspekuliert wurden. Oder an all die Fakten, die in der Zwischenzeit aus dem Bankenbereich zu Tage getreten sind – von der Bank Burgenland über die Hypo Alpe Adria bis zu Landes Hypothekbank Niederösterreich.

■ **Diese Fälle, die Sie genannt haben, sind gewiss spektakulär, weil enorme Summen mit einem Mal öffentlich werden. Weniger auffällig ist es freilich, wenn in anderen Bereichen des Staates Geld sukzessive vernichtet wird, weil es nicht so eingesetzt wird, wie es eingesetzt werden sollte.**

Sicher könnte Österreich ein besserer Wirtschaftsstandort sein, wenn zum Beispiel die Schulpolitik nicht so entsetzlich antiquiert wäre und allein von den Wünschen und Vorstellungen der Lehrgewerkschaft und machtorientierten Landeshauptleuten dominiert werden würde. In anderen Bereichen fehlt dann das Geld: Wir sollten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Unis aufwenden, es sind aber nur 1,3 Prozent. Klingt so nicht so dramatisch, heißt aber, dass real ein Drittel der eigentlich notwendigen Mittel fehlt, aber auch die Organisation mehr als unbefriedigend ist.

■ **Eher hat man schon den Eindruck, dass mehr Geld in die technische Infrastruktur Österreichs investiert wird.**

Die Schweiz hat es geschafft, einen 57 Kilometer langen Eisenbahntunnel unter dem Sankt Gotthard zu errichten. Und wir? Wir haben mit dem Semmering-Tunnel noch nicht einmal angefangen. Es ist auch in der technischen Infrastruktur Österreichs vieles Stückwerk. Die Tauernautobahn gibt es seit mehr als drei Jahrzehnten, aber erst jetzt werden die Tunnel mit einer zweiten Röhre ausgestattet.

Beim Arlbergtunnel ist in Vorarlberg die Schnellstraße nach Bludenz noch immer nicht fertig. Ein anderes Beispiel: In Salzburg wird seit Jahren wegen der 380-kV-Leitung diskutiert, ohne dass es Fortschritte gibt.

■ **Sie haben jetzt eine Reihe von Schwachstellen beschrieben und wissen, wie Politik funktioniert: Warum geschieht nichts? Erkennt die Politik die Probleme nicht?**

Am Erkennen scheitert es nicht, aber immer wieder an Prestige- und Machtfragen und an der fehlenden politischen Kraft, die großen Fragen anzugehen. Das gilt für die Verwaltungs- und für die Spitalsreform, für die Steuerreform und die Pensionsreform. Vielfach herrschen bei uns Lähmung und Stillstand. Das geht auf Kosten der nächsten Generationen, ist also Generationenungerechtigkeit. <